

DAS FREIE FORUM

S 205 66F
ISSN 1432-0223

INFORMATIONSDIENST

MITTEILUNGSBLATT DER GESELLSCHAFT FÜR FREIE PUBLIZISTIK E. V.

Nummer 1

62. Jahrgang

Januar/Februar/März 2022

Weltgeschichte pur. Zeit des politischen Lernens

Es ist schon schlimm, daß Rußland sich mit dem Angriff auf die Ukraine in die Reihe der Staaten einreihet, die unter dem Bruch des Völkerrechts große Kriege führen. Ich nenne hier nur das kaiserliche Japan, das Italien unter Mussolini, das Dritte Reich und die USA.

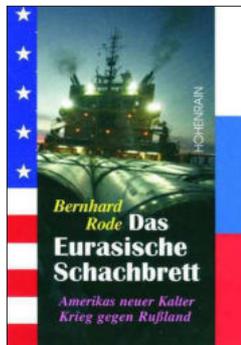
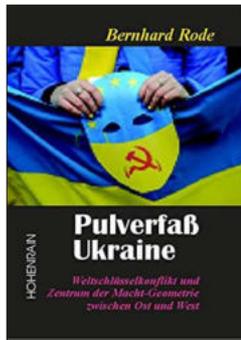
Der Bruch des Völkerrechts ist immer zu verurteilen. Leider haben der Westen und die NATO das Völkerrecht durch die sogenannte »regelbasierte Ordnung« ersetzt. Bei dieser regelbasierten Ordnung handelt sich um ein Prinzip des Westens, daß alle Staaten der Welt das US-amerikanische innen- und außenpolitische Herrschaftsmodell zu übernehmen hätten. Das Prinzip der staatlichen Souveränität und der Nichteinmischung in die innere Politik der Staaten als Völkerrechtssubjekte wird nicht mehr anerkannt. Auch die EU funktioniert nun nach dem Prinzip der »regelbasierten Ordnung«. Ungarn und Polen wissen ein Lied davon zu singen. Wer dieses Modell nicht zu übernehmen bereit ist, der werde »autoritär« regiert und müsse zur Übernahme der westlichen Herrschaftsprinzipien gezwungen werden, und zwar mit allen verfügbaren Mitteln – auch mit militärischen.

Um die aktuelle Politik zu bewerten, sollte man politische Meinungsäußerungen führender Leute des Westens als Axiome ihrer Weltpolitik betrachten. Axiome pflegen sich nicht zu verändern und sind die Grundlage ganzer theoretischer Gebäude oder wie in diesem Fall von Weltpolitik. Im *Spiegel* vom 5.1.2019 wird auf »Die NATO in den sechziger Jahren« verwiesen: »Vom ersten NATO-Generalsekretär Hastings Lionel Baron Ismay (1952 bis 1957), einem britischen General und Politiker, stammt das Bonmot, die NATO habe drei Aufgaben: die Sowjetunion von Westeuropa weg, die Amerikaner in Westeuropa drinnen und die Deutschen klein zu halten (>to keep the Soviet Union out, the Americans in and the Germans down<). In internen Vermerken des US-Außenministeriums wurde 1965 und 1966 offen benannt, daß die westliche Allianz ›Westdeutschlands Stärke und Vorherrschaft auf dem Kontinent eindämmen‹ solle. Der Begriff ›Eindämmung‹ (>containment<) fand in der Öffentlichkeit sonst nur für die US-Politik gegenüber der Sowjetunion Verwendung.«

In den *VDI-Nachrichten* vom 24. Juni 2019 ist von Harald Weiss unter dem Titel »USA treiben Keil zwischen Deutschland und Rußland« zu lesen: »In einem Vor-

Pulverfaß Ukraine

Bernhard Rode hat zwei umfangreiche Bücher zur geopolitischen Lage rund um Rußland verfaßt, beide fakten-satt, unaufgeregt, lehr-reich. Daß die Ukraine im Vorhof der Groß-macht ein Pulverfaß sei, an dem man nicht zündeln sollte, wußten und beschrieben die nüchternen Kenner der Lage schon früh.



Pulverfaß Ukraine,
Leinen, 576 S., zahlr.
Abb., € 24.80

**Das Eurasische
Schachbrett**, Leinen,
1248 S., zahlr. Abb.,
€ 24.80

trag vor dem renommierten Chicago Council on Global Affairs sagte Friedman: ›Deutschland bildet zusammen mit Rußland eine ernsthafte Gefahr für die Weltmachtspolitik der USA.‹ Folglich würden die Amerikaner alles unternehmen, um eine Annäherung dieser beiden Länder zu torpedieren. Das würde sich insbesondere in der Ukraine zeigen, wo die USA immer stärker direkt eingreifen und sich über die Politik der Zurückhaltung von Kanzlerin Merkel hinwegsetzen würden. Laut Friedman ist es das Ziel der US-Politik, einen Gürtel aus antirussischen und europaskeptischen Staaten zu schaffen, die als Pufferzone zwischen Rußland und Deutschland fungieren. Hierzu gehören vor allem die baltischen Staaten, Weißrußland und die Ukraine. ›Es war das Ziel der US-Politik der letzten hundert Jahre, jeden Ansatz einer europäischen Supermacht frühzeitig zu zer-schlagen‹, ist Friedmanns Interpretation der transatlantischen Beziehungen.«

Das *Handelsblatt* titelte am 22.2.2022 in Erinnerung an Zbigniew Brzezinskis Buch *Das große Schachbrett*: »›Ohne die Ukraine ist Rußland keine Großmacht‹ – Dieses Buch erklärt Putins Vorgehen«. Im Text, der vom *Tagesspiegel* übernommen wurde, ist zu lesen: »Vor 25 Jahren beschrieb der US-Politikberater Zbigniew Brzezinski die Bedeutung der Ukraine für Rußland. Sein Buch liest sich wie eine Prophezeiung. ›Die Unabhängigkeit der Ukraine beraubte Rußland seiner beherrschenden Position am Schwarzen Meer, wo Odessa das unersetzliche Tor für den Handel mit dem Mittelmeerraum und der Welt jenseits davon war.‹ – ›Ohne die Ukraine ist Rußland kein eurasisches Reich mehr.‹ – ›Unter geopolitischem Aspekt stellte der Abfall der Ukraine einen zentralen Verlust dar, denn er beschnitt Rußlands geo-strategische Optionen drastisch.«

Jetzt kann jeder sich selbst seine Gedanken zur politischen Entwicklung machen, wenn er die Politiker und die Medien mit ihren Meldungen und Wertungen zur Kenntnis nimmt. Auch das alte russische Sprichwort bekommt eine ganz aktuelle politische Bedeutung: „Wenn du einen Bären zum Tanzen aufforderst, entscheidest nicht du, wann der Tanz zu Ende ist. Das entscheidet der Bär.«

Das haben die USA jetzt verstanden, und Gabor Steingart hat es im *Focus* vom 22.2.2022 geschrieben: »Die Medien ihrerseits täten gut daran, sich in dieser angespannten Situation nicht als Trommler des Krieges, sondern als Seismografen der Vernunft zu betätigen. Der große Krieg, das weiß heute jedes Kind, beginnt nicht mit dem ersten Schuß, sondern beginnt mit dem lust-

vollen Schüren von Kriegsbereitschaft im Namen der Wahrheit.« US-Außenminister Blinken setzt auf neue Verhandlungen. Steingart schreibt über Blinkens Position des neuen Verhandeln: »Am Ende eines solchen Prozesses und damit in einer Atmosphäre des ›Vertrauens‹ und des verringerten ›Risikos‹, zwei Worte, die Blinken hier nicht zufällig benutzt, ist auch der Abzug von Soldaten an der Ostflanke der NATO denkbar: ›Dann lautet die Antwort: ja.« Die USA haben das Spiel überreizt. Sie werden sich für eine gewisse Zeit zurücknehmen.

In der bundesdeutschen Politik, bei der EU-Kommission, den politischen Transatlantikern in den EU-Ländern, den humanizistischen NGOs und bei den angelsächsisch gebriefften Chefredakteuren der großen deutschen Zeitungen sind die Signale noch nicht angekommen. Vielleicht sollten diese Signale auch noch nicht ankommen!? Das kann für Deutschland teuer werden; der kaltherzige Joachim Gauck rät uns aus seiner warmen Bude: »Wir können auch mal frieren für die Freiheit.« Sie stehen voll auf totale Konfrontation mit Rußland. Gabor Steingart spricht am 11. März 2022 im *The Pioneer* schon von der Wirtschafts-Nato und von der neuen gemeinsamen Strategie, Rußland in die Knie zu zwingen. Es ist der totale Krieg gegen Rußland ohne direktes militärisches Engagement der NATO. Wie gut das scheinbar läuft, sieht man an der erfolgreichen Dämonisierung Putins in der deutschen Bevölkerung und an dem Erwecken einer Friedensbewegung, welche die US-Kriege dieses Jahrhunderts schweigend hingenommen hat und nun gegen »Putins Krieg« demonstriert. Wenn wir an die Angelegenheit nüchtern herangehen, können wir folgendes rückschauend und prognostisch zusammenfassen.

1. Die Osterweiterung der NATO hat bis zu einer de facto Assoziierung der Ukraine an die NATO geführt. Die Ukraine wird seit 2014 von der NATO aufgerüstet. Die Befehle zur Zurückholung der abtrünnigen Republiken und der Krim wurden von Selenskyj erteilt. Die Atomwaffenproduktion der Ukraine hat wahrscheinlich begonnen, und Rußland erhielt schon die Einsatzdrohung. Die Ukraine wurde vom Westen so präpariert, daß Rußland entweder jeden weltpolitischen und sicherheitspolitischen Anspruch aufgeben oder in die aufgestellte weltpolitische Falle des Westens marschieren muß. Geopolitisch konnte Rußland nach seinem Verständnis nicht anders handeln, als die Ukraine von allen Bindungen an den Westen mit militärischen Mitteln zu trennen.

2. Dieser Krieg wird in die Geschichte eingehen, denn es ist ein Krieg zwischen historisch brüderlich verbundenen Nationen, die von in Todfeindschaft befindlichen Regierungen geführt wird. Die Kriegführung Rußlands ist deshalb, im Unterschied zu den US-Neuordnungskriegen, nicht gegen die Zivilbevölkerung gerichtet, es gibt keine Flächenbombardements auf Städte und keine grundhafte Zerstörung der Infrastruktur. Die russische Armee vernichtet die militärische Infrastruktur der Ukraine, die von der NATO gelieferten Waffen sowie das zuströmende kampfbereite Personal aus dem Westen und dem islamischen Raum.

3. Das von der »Wirtschafts-Nato« immer weiter verschärfte Embargo der gesamten Wirtschaft und der Finanzwesens Rußlands schädigt natürlich Rußland, aber

»Aufwachen in der Realität: Der russische Einmarsch in die Ukraine ist ein eindringlicher Warnschuß auch an die deutsche Politik, zur Realpolitik zurückzukehren. Deutschland hätte in dieser heiklen Lage die Aufgabe des ehrlichen Maklers wahrnehmen können. Doch ein Land, das sich mit ideologischen Kapriolen, »feministischer Außenpolitik« und Quotengedöns lächerlich macht, kann keine ernstzunehmende Rolle spielen.« Michael Paulwitz, in: Junge Freiheit, 24.2.2022

»In den deutschen Regierungsparteien hat Putins Angriff auf die Ukraine dagegen jahrzehntealte politische Prinzipien über den Haufen geworfen. Die pazifistische SPD unterstützt plötzlich Waffenlieferungen in ein Kriegsgebiet. Die Steuersparpartei FDP wirft mit Steuermilliarden um sich. Und die Atomkraftgegner von den Grünen müssen über Laufzeitverlängerungen für Kernkraftwerke diskutieren.« Florian Harms, t-online.de, 3.3.2022

noch mehr die EU und besonders Deutschland. Die Regierung Rußlands ist auf ein totales Abschneiden von den westlichen Finanz- und Handelsmärkten vorbereitet, die EU-Länder und besonders Deutschland sind es nicht. Deutschland wird eine verheerende Bumerangwirkung auf seine Wirtschaft erfahren, die uns ein Jahrzehnt beschäftigen wird. Ein Land mit einer derartigen Exportlastigkeit seiner Wirtschaft ist in Zeiten einer radikalen Entglobalisierung der große Verlierer. Das wird den sozialen Frieden zerstören und die politischen Karten in ganz Europa neu mischen.

4. Da der Dollar eine immer politischere Währung geworden ist, wird er sukzessive aus dem Welthandel verdrängt. Das wird grundlegende Auswirkungen auf den Status der USA und des Westens generell haben. Mit dem Ukraine-Krieg und vielleicht dem Taiwan-Krieg, in dem die USA die Verlierer sein werden, verlieren sie auch ihr Gesicht. Man sieht das daran, daß viele Länder der Welt Rußland für seinen Angriffskrieg gegen die Ukraine nicht kritisieren, darunter besonders Indien, Pakistan und China. Auch Israel bietet sich als verständnisvollen Vermittler an. Ein Drittel der Israelis sind russischsprachig.

5. Die EU kennt keine nationalen Interessen mehr, obwohl sie doch ein Zusammenschluß von Nationalstaaten ist. Seit der russischen Invasion in der Ukraine zeigt die EU ein völlig anderes Gesicht. Steingart schreibt: »Der Friedensnobelpreisträger des Jahres 2012 führt zehn Jahre später den totalen Wirtschaftskrieg gegen Rußland. Der Handel, der noch gestern als Vorbote von Wandel und Annäherung galt, wird nun für Bestrafung und Isolierung genutzt. Der offene europäische Markt, auf den die EU so stolz war, wird abgeschottet, um Kremlinchef Wladimir Putin zu schaden. Was gestern richtig war, ist heute scheinbar falsch.« Es kann sein, daß genau diese Politik die EU zerlegt und Deutschland in seinem wohlverstandenen Interesse in eine neue Führungsrolle in Europa zwingen wird, die Georg Friedman in seiner Langfristprognose für Europa im Zeitraum der nächsten 50 Jahre sieht. Einer deutsch-russischen Zusammenarbeit steht dann nichts mehr im Weg.

Es wird alles seine Zeit brauchen. Da der EU-Administration und der Bundesregierung das Wohlergehen der unteren neunzig Prozent der Bevölkerung weitgehend aus dem Blick geraten ist, kann der totale Wirtschaftskrieg der EU gegen Rußland zu jähren Wendungen der Geschichte in Westeuropa führen. ■ Frank Engelberg

Wiener Wackelpolitik

Anfang Februar wunderte man sich in Brüssel und anderswo, daß ausgerechnet Österreich als erster EU-Staat eine Covid-Impfpflicht durchsetzen wollte. Dazu wurde im Parlament mit Stimmen fast aller Parteien – nur die FPÖ stimmte geschlossen dagegen – ein solcher Katalog verabschiedet. Danach sollte der Staat ab 15. März besagte Pflicht stichprobenmäßig kontrollieren und sanktionieren. Wesentlicher Propagandist neben dem nuschelnden Neokanzler Charly Nehammer (ÖVP) war der grüne Gesundheitsminister Wolferl Mückstein. Der Wiener Arzt hatte vehement für die Impfpflicht getrommelt und zog sich damit den Unmut vieler Österreicher zu. Diese demonstrierten sogar vor dem Privathaus des Ministers. Schließlich hielt »Mücke« dem Druck nicht mehr stand und warf Anfang März das Handtuch.

So mußte der kleine Koalitionspartner bereits den dritten Umweltminister ins schwarz-grüne Kabinett schicken, diesmal war es der Vorarlberger Johannes Rauch, optisch eine Mischung aus Dieter Hallervorden und Urban Priol. Er wartete salomonisch das Votum der Impfpflichtkommission ab. Diese empfahl, von einer Impfpflicht vorläufig abzusehen. Daraufhin wurde eine entsprechende Verordnung erlassen, wonach nicht nur Strafen, sondern auch Impfpflicht erst einmal bis Ende Mai ausgesetzt werden. Danach werde neu evaluiert. Auf Grund der hohen Infektionszahlen jammert indes Rauch bereits, daß man zu früh die Restriktionen gelockert habe. Denn in Österreich fielen Mitte März viele Beschränkungen, etwa die 2G- & 3G-Regel in Handel und Gastronomie. Eine Ausnahme macht das von SPÖ und NEOS regierte Wien. Bürgermeister Michael Ludwig hält an den bestehenden 2G-Regeln vorerst fest.

Unterdessen gelangen immer mehr ÖVP-Politiker ins Fadenkreuz der Justiz. Anfang März wurde Ex-Familienministerin Sophie Karmasin wegen des Verdachts auf Absprachen und Geldwäsche verhaftet. Und nach Veröffentlichung weiterer Internetchats von führenden ÖVP-Kadern offenbart sich immer mehr ein Sittenbild der Volkspartei, das von Machthunger, Postenschacher und Verachtung Andersdenkender geprägt ist. In Umfragen rangiert die ÖVP nun hinter der SPÖ auf Rang 2.

Als einzige Parlamentspartei hält sich die FPÖ mit verbalen Angriffen auf Rußland und dessen Repräsentanten zurück. Bundeskanzler Nehammer kritisierte in für einen neutralen Staat wie Österreich ungewöhnlich scharfen Worten den russischen Einmarsch in die Ukraine. Daraufhin konterte Moskau und geißelte Wiens Verhalten, vor allem des Kanzlers Behauptung, die Neutralität der Alpenrepublik sei dem Staat 1955 durch die sowjetischen Besatzer aufgezwungen worden. Aus Rußland hieß es, ohne die »Befreiung Österreichs durch die Rote Armee« wäre das Land nie frei geworden, wobei man auf den eigenen hohen Blutzoll verwies. Die Alpenrepublik, die zu 80 % von russischem Gas abhängig ist, legte sämtliche Investitionen in Rußland auf Eis. Und Nehammer fordert weitere Sanktionen. ■

Warum muckt der Osten auf?

Erst hatten die ›Zonis‹ kein Glück, doch dann kam für sie ab 1990 als ›Ossis‹ noch Pech dazu. Als sowjetisch besetzter Teil Deutschlands wurde die DDR politisch, ideologisch und wirtschaftlich, aber kaum kulturell in den russischen Machtbereich integriert. Die ganze Zeit konnte sich die DDR-Regierung dem sowjetischen Einfluß nicht entziehen. Spöttisch wurde der langjährige sowjetische Botschafter Abrassimow als »regierender Botschafter« bezeichnet. Neben jedem Regiment der NVA lag ein sowjetisches Regiment. Auch das MfS lief an kurzer und langer Leine des KGB. Das Grenzregime und auch die Existenz der Grenztruppen waren sowjetisch befohlen. Selbst die Einführung der NVA-Uniformen und der 1944 im Dritten Reich entwickelte Stahlhelm geschah auf sowjetischen Rat. Die Sowjets hielten die DDR und die SED straff an der politischen Leine. Im Unterschied zu den westlichen Besatzern begegneten die Russen den Deutschen aber immer mit Hochachtung, auch deswegen die Kontrolle. Man konnte ja nie wissen, was den Deutschen im Osten einfallen könnte.

Die DDR leistete über 95 Prozent aller deutschen Reparationen nach dem Zweiten Weltkrieg. Ab 1951 bis 1990 bestand eine Embargoliste der BRD und des Westens gegen die DDR. Damit war die DDR von einer internationalen Arbeitsteilung bei modernen Technologien mit dem Westen ausgeschlossen und mußte sich auf die eigenen Kräfte verlassen. Das war teuer, denn die militärische Hochtechnologieforschung der Sowjetunion war nicht zugänglich. Der Handel der DDR mit der Sowjetunion enthielt bis 1990 eine geheime Tributpflicht durch Währungsmanipulation: Der touristische Umtauschkurs Mark der DDR gegen Rubel war 3,20 Mark der DDR gegen 1 Rubel. Er entsprach jeweils der Binnenkaufkraft. Der Umtauschkurs im staatlichen Außenhandel zwischen DDR und der Sowjetunion wurde politisch festgelegt. Honecker schreibt in der Sammlung *Letzte Aufzeichnungen* (Edition Ost, Berlin 2012, S. 120), daß der Rubel bis 1981 mit 14 Mark verrechnet wurde. Noch 1989 betrug die Verrechnung 1 zu 7 bis 1 zu 12. Mit der SAG Wismut, also dem Uranbergbau und dem daran hängenden Sozialsystem, machte die DDR bis zu 50 Mrd. Mark Verlust. Die DDR wurde von den Sowjets gezwungen, zum drittgrößten Uranproduzenten der Welt aufzusteigen. Das von den Sowjets demontierte zweite Gleis der Reichsbahn ist bis jetzt, 2022, noch nicht überall wiederhergestellt, beispielsweise zwischen Chemnitz und Leipzig. Auch wurde die DDR-Industrie für die Belange der UdSSR umgebaut, und so entstanden eine große Schiffbaukapazität und der Eisenbahnwaggonbau für das riesige sowjetische Eisenbahnnetz. Der für die DDR notwendige Handel mit der BRD war immer ungleichgewichtig und vom Umtauschkurs 1 DM zu 4,50 Mark der DDR gezeichnet. Die Binnenkaufkraft zwischen Mark der DDR und der DM war etwa gleich, wenngleich die Warenkörbe unterschiedlich gewichtet waren. Ein ganzer Teil des Wohlstands der Westdeutschen und die Konsumgüter bei Neckermann, Quelle und Otto stammen aus der DDR. Da die DDR die Vorteile eines diskriminierungsfreien internationalen Handels nicht nutzen

konnte, hat sie 80% der für eine Volkswirtschaft benötigten Produkte selbst produzieren müssen, was volkswirtschaftlich und betriebswirtschaftlich natürlich unrationell war. Auch deshalb konnten viele Betriebe nur mühsam erhalten und modernisiert werden. Es ging aber nicht anders. Der DDR blieb nichts anders übrig, als weitgehend autark zu werden, was ihr bei der Landwirtschaft auch gelungen war. Dass die DDR dies wirtschaftlich so lange ausgehalten hat, liegt am ungeheueren Fleiß der DDR-Bürger. Wie sagte Gorbatschow 1989: DDR bedeutet »Dawai, dawai rabotajet.« (Los, vorwärts, arbeiten!)

Zwischen 1945 und 1990 sind rund 4 Millionen, einschließlich der nur zeitweilig angesiedelten Vertriebenen, nach dem Westen gegangen, nach 1990 noch einmal rund 4 Millionen. In den 50er Jahren siedelte etwa eine halbe Million Westdeutscher in die DDR um. Nach 1990 kamen rund 2,5 Millionen Westdeutscher in das Beitrittsgebiet, die neuen Länder oder wie gerade die Bezeichnung lauten möge. Sie kamen als Arbeitssuchende, zum Teil aber auch als Betrüger, Spekulanten und neue Herren. Schon unter Lothar der Maiziere nach dem 18.3.1990 bestimmten die neuen Herren aus dem Westen die Politik in der End-DDR.

Mit der Wende zum Kapitalismus, den Unwissende oder Ideologen gern als »friedliche Revolution« bezeichnen, hatten die Osis keine Deutungshoheit über ihre Verhältnisse mehr und konnten nur noch über das ihnen verbliebene persönliche Eigentum verfügen. Ab dem 1. Juli 1990 galt in der DDR die DM, und dies führte zu einer wirtschaftlichen Vollbremsung der gesamten Wirtschaft der DDR. Ab 3. Oktober 1990 war das Volkseigentum Bundeseigentum; kein Arbeiter oder Betriebsleiter hatte mehr etwas zu entscheiden. Das tat allein die ›Treuhand‹, eine westdeutsche Besatzungseinrichtung, die im ehemaligen Reichsluftfahrtministerium residierte und in allen Bezirksstädten der DDR Zweigstellen hatte. Es galt auch der sogenannte ›Einigungsvertrag‹, der alle DDR-Verhältnisse abwickelte. Nichts sollte von der DDR übrigbleiben. Man wollte sogar alle juristischen Akte der DDR annullieren, bis jemand sagte, daß dann auch alle Geburtsurkunden und Eheurkunden, ja sogar die Totenscheine nicht mehr gelten würden. Die Straßen wurden umbenannt, die Denkmäler geschleift, der Palast der Republik abgerissen, alle Museen umgestaltet, aus den Bibliotheken wurden die DDR-Bücher geschmissen oder verramscht oder vernichtet, 85 % der Hochschullehrer wurden entlassen und nicht wieder eingestellt. Bis Ende der 90er Jahre wurden 60% aller Hochschulmitarbeiter entlassen. Die Akademie der Wissenschaften der DDR wurde beseitigt und auch die Industrieforschung um über 80% reduziert. Überall entstanden Personalkommissionen (im Volksmund »McCarthy-Ausschüsse« genannt), die nach dem Modell früherer Entnazifizierungskommissionen arbeiteten. Massenhaft hagelte es Berufsverbote. Daneben gab es über 100 000 Ermittlungsverfahren gegenüber Amtsträgern der DDR und auch einfachen Grenzsoldaten. Es kam zu rund 1000 Verurteilungen, einige sogar bis zu 12 Jahren, aber auch Verurteilungen auf Bewährung. Die größte Bestrafung waren bei Bewährungsstrafen oft die Gerichtskosten, die in der DDR nicht erhoben wurden!



Protest in der alten Bergstadt Zwönitz (Erzgebirge): Es geht nicht nur um Corona-Maßregelung. Die unterdrückte »sächsische Wut« hat sich seit der Wende aufgestaut; in den neuen Bundesländern kein auf den Freistaat begrenztes Phänomen. Foto: A. März

Auf die grüne Wiese kamen die Handelszentren mit ihrer bunten Ware; in den Städten schlossen die privaten und halbstaatlichen Geschäfte. Ostprodukte wurden zu Ladenhütern. Zum Einkaufen hatten die Osis viel Zeit, denn es gab zeitweilig bis zu 4 Millionen Arbeitslose. Die hatten Kurzarbeit »0« oder zerschlugen den Maschinenpark ihrer Fabrik als letzte Arbeitshandlung. Anschließend ging es in die richtige Arbeitslosigkeit oder nach dem Westen. Die jungen Facharbeiter bekamen vom Arbeitsamt die Fahrkarte ohne Rückfahrkarte nach dem Westen. Die Eltern blieben im Lande, manche in Frührente, andere in Arbeitslosigkeit. Manche hangelten sich von Arbeitsbeschaffungsmaßnahme zu Arbeitsbeschaffungsmaßnahme (ABM). Jeder zweite im DDR-Gebiet war schon mal arbeitslos. Junge Frauen konnten vom neuen Chef aus dem Westen hören, dass sie sich sterilisieren lassen sollten, wenn sie eine Dauerstelle wollten. Und dann haben sich auch die Eigentumsverhältnisse rasch verändert. Wenn jemand Mitglied einer Arbeiterwohnungsbaugenossenschaft (AWG) war, ist die de facto Eigentumswohnung nichts mehr wert gewesen. Man hatte mit einem Trick Altschulden draufgetürmt. Über 70 000 Neubauernhöfe wurden enteignet, weil die Urkunden von 1946 und die Gesetze der Modrow-Regierung nicht anerkannt worden waren. Uwe Steimle überhöhte satirisch: »Erst wenn der letzte Ossi aus dem Grundbuch getilgt worden ist, ist die Wiedervereinigung vollendet.«

Durch den großen Trick im Einigungsvertrag, staatliche Zuführungen in den Wohnungsbau und die Wirtschaft als »Altschulden« nachträglich zu definieren, waren schuldenfreie Unternehmen auf einmal hoch verschuldet. Die westlichen Banken bekamen die »Altschulden« für einen Apfel und ein Ei und konnten riesige Profite aus den Genossenschaften, den kommunalen Wohnungsunternehmen pressen, bzw. bekamen von der Treuhand Bargeld für die erst konstruierten Altschulden, wenn diese dem neuen Besitzer aus dem Westen erlassen worden sind. Deshalb hat die »Treuhand« auch keine Gewinne hinterlassen, sondern nur Schulden. Man könnte das fortsetzen.

Aber nun kommt noch der Elitenwechsel, mit dem die Osis generell an die Wand gedrückt worden sind. Osis, außer Leute aus den MINT-Bereichen, haben in der Regel auch in Westdeutschland nur eingeschränkte Karrierechancen. Auch heute noch wird fast jede bessere Stelle im ›Beitrittsgebiet‹ mit einem Westdeutschen besetzt. Steffen Heitmann sprach von einer »Überfremdung durch Inländer«. Der Volksmund spricht: »In jedem Ostessel sitzt ein Westarsch.« Derzeit freuen sich die Sachsen über ihren aus Duisburg stammenden Innenminister Roland Wöller (auch Mitglied der ›Atlantikbrücke‹), der die Demonstrationen der Sachsen zu unterbinden sucht. Mit PEGIDA ging es los, und derzeit laufen überall systemkritische Demonstrationen, die sich an den Coronamaßnahmen nur entzündet haben.

1. Man traut den Politikern nicht mehr über den Weg, weil man sich seit 30 Jahren belogen fühlt.
2. Man ist gegen die Politik der Masseneinwanderung Fremder in das Sozialsystem, aus dem man selbst immer weniger bekommen wird.
3. Man ist gegen die Kriegspolitik der NATO und der Bundesregierung gegen Rußland.
4. Man protestiert gegen die Inflation der Lebensmittel-, Energie- und Mietpreise.
5. Die Masse sieht sich mit dem Problem der Altersarmut konfrontiert.
6. Gefürchtet wird ein weiterer Entindustrialisierungsschub und neue Arbeitslosigkeit durch unsinnige Klimapolitik.
7. Erlebt wird durch die Demonstranten ein Unterdrückungs- und Überwachungsstaat, wie es ihn ihrer Meinung nach in Deutschland bisher nicht gegeben hat.
8. Den Reden über Demokratie, Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit wird nicht mehr geglaubt.
9. Die Medien werden nur noch als Teil eines Manipulations- und Unterdrückungsapparates gesehen.
10. Die Coronamaßnahmen werden in ihrem humanen und medizinischen Sinn bezweifelt und vielmehr als Exerzierfeld für politische Unterdrückung, Gehorsamserzwingung und als Menschenexperiment gesehen.
11. Verschwörungserzählungen, wonach der Imperialismus die Pandemie für menschenfeindliche Weltherrschaftspläne nutzen wolle, werden geglaubt.
12. Generell ist man der Meinung, daß in der Gegenwart nur moralisch zweifelhafte und inkompetente Personen in die politische Klasse geholt werden.

Gegenwärtig sind die Querdenkerdemos oder Coronaspaziergänge noch eine Graswurzelbewegung ohne zentrale Leitung und straffe Organisation. Das kann sich ändern. Eine spezielle mitteldeutsche Bürgerbewegung völlig neuer Art mit Stolz auf die DDR und das früher Geleistete ist möglich. Dann waren diese Demos nur die »Übung für den Bürgerkrieg« (Kerstin Köditz, MdL Sachsen, Linke).■

Einfache Selbstbestimmung des Geschlechts soll Gesetz werden

Jeder Mensch soll sein Geschlecht selbst definieren und ohne entwürdigende Hürden im Ausweis ändern lassen können – das sieht das geplante Selbstbestimmungsgesetz vor. Der neue Queer-Beauftragte der Bundesregierung, Sven Lehmann, kündigte an, daß noch vor der parlamentarischen Sommerpause die Eckpunkte des Selbstbestimmungsgesetzes, das das bisherige Verfahren zur amtlichen Personenstandsänderung vereinfachen soll, stehen werden. Die psychiatrischen Gutachten sollen nicht mehr nötig sein. Die Frage nach dem Personenstand in Ausweisdokumenten werde jeder Mensch selbstbestimmt beantworten. Denn über seine geschlechtliche Identität, so Lehmann, könne niemand besser Auskunft geben als jeder Mensch selbst. Einige andere Eckpunkte sind allerdings noch strittig. Zum Beispiel, ob Jugendliche ab 14 Jahren ohne Zustimmung ihrer Eltern ihren Namen und ihre Geschlechtsangabe amtlich ändern lassen dürfen. (Quelle: tagesschau.de, 23.2.22)

Liegt ein Mißbrauch der Frauenquote vor?

Die Grünen setzen sich bekanntlich für die Gleichstellung von Mann und Frau ein und haben eine Frauenquote eingeführt, aufgrund deren Frauen im Bundestag und in wichtigen Ämtern gleichermaßen repräsentiert werden.



Nun aber meint die Initiative »Geschlecht zählt« einen »Mißbrauch der Frauenquote« im Bundestag aufgedeckt zu haben und spricht sogar von Wahlbetrug: »Im Parlament sitzt ein Mann, dem das Mandat nicht zusteht.« Dabei beruft sich die Initiative auf folgende Fakten. Im Herbst 2021 zog die Politikerin Tessa Ganserer für die Grünen in den Bundestag ein und wird dort folgerichtig als Frau geführt. So weit, so gut. Ganserer, von 2013 bis 2021 Mitglied des Bayerischen Landtags, heißt aber in Wirklichkeit bürgerlich Markus Ganserer; der Eintrag in ihrem Geburtsregister lautet nach wie vor »männlich«. Doch machte Ganserer 2018 seine Transidentität publik und nahm den Vornamen »Tessa« an. Die Initiatoren von »Geschlecht zählt«

stören sich daran, daß Ganserer in den Bundestag über die Grünen-Landesliste auf einem Frauenquotenplatz eingezogen ist. Auf dem Wahlzettel zur Bundestagswahl stand Ganserer mit dem männlichen Vornamen, da dieser auch noch in ihren Ausweisdokumenten stand. Daraufhin legte die Initiative Beschwerde beim Wahlprüfungsausschuß des Bundestages ein. Das feministische Magazin *Emma* blies in das gleiche Horn und meinte: »Statt einer Frau sitzt also jetzt ein Mensch auf diesem Platz, der körperlich und rechtlich ein Mann ist, sich jedoch als Frau fühlt.«

Die Initiative stört außerdem, daß Ganserer das Geschlecht nicht operativ angeglichen und den Personenstand nie amtlich geändert habe. Es habe lediglich eine



Namensadaptaion stattgefunden. Und was meint der/die Betroffene? Das Geschlecht wolle Ganserer nicht ändern. Ein Penis sei »nicht per se ein männliches Sexualorgan«, meint sie. Sie wolle weiterhin dafür kämpfen daß Menschen ihr Geschlecht selbst bestimmen können, auch ohne Operation. Die Grünen zeigten Unverständnis gegenüber den Reaktionen, selbst aus feministischen Kreisen. Im Frauenstatut der Partei heißt es bereits im dritten Satz: »Von dem Begriff ›Frauen‹ werden alle erfaßt, die sich selbst so definieren...«

»Wer Frau und wer Mann ist, soll nicht mehr auf objektiv feststellbaren körperlich-biologischen Merkmalen beruhen, sondern auf einer ›Gender-‹ beziehungsweise ›Geschlechtsidentität‹, die auf einem subjektiven Gefühl beruht, das sich aus Stereotypen und Geschlechterklischees speist«, schlußfolgert die Initiative.

Beatrix von Storch, die stellvertretende Partei- und Fraktionsvorsitzende der AfD, ist dafür bekannt, die Dinge unverhohlen beim Namen zu nennen. In einer Debatte zum internationalen Frauentag betonte sie, daß der sich selbst zur Frau umdefinierte Grünenabgeordnete ›Tessa‹ Markus Ganserer ein Mann ist und bleibt: »Ein Fisch ist kein Fahrrad, ein Mann ist keine Frau und Gender ist gaga.« Daraufhin wurde sie von allen anderen Fraktionen als »transphob« angeprangert. (Quelle: *tagesschau.de*, 23.2.22, und *Merkur*, 24.1.22)

Geschlechterwahl per Selbstauskunft. Der ›Durchbruch‹, in der ›queere community‹ euphorisch gefeiert, stößt u.a. in der radikal-feministischen Lesben-Szene auf deutlichen Widerspruch: »Löst sich die Geschlechterordnung auf, so die Zeitschrift *Cicero*, kann man nicht einmal mehr sinnvoll für Frauen- und Lesbenrechte kämpfen, weil sich auch nicht mehr bestimmen läßt, wer eigentlich eine Frau oder Lesbe ist.«

Genderwahn

Ein Gericht im französischen Toulouse leugnete die Existenz eines Vaters bei einem Kind und konstruierte statt dessen zwei Mütter, nachdem der Vater nach der Zeugung eine Geschlechtsumwandlung vorgenommen hatte. Diesen titulierten die Richter als »nichtaustragende Mutter«.

Im US-Bundesstaat Kalifornien entzog eine Richterin einem Vater das Sorgerecht für seinen 16jährigen Sohn, weil jener sich gegen die Einnahme eines Pubertätsblockers sowie von gegengeschlechtlichen Hormonen durch diesen ausgesprochen hatte. Besagte Richterin hat übrigens einen Sohn, der sich als »Trans-Frau« präsentiert, und ist stolz auf ihn. (*demofueralle.de*)

Faeser im Antifa-Sumpf



Die neue Innenministerin Nancy Faeser (SPD) ist wegen ihrer Antifa-Verstrickung ins Visier von AfD und CDU/CSU geraten. Denn erst wenige Monate vor ihrem Amtsantritt hatte die oberste Chefin des BRD-Sicherheitsapparats einen Gastbeitrag im Magazin *antifa* über die Erfahrungen mit rechten Drohungen verfaßt. Pikant daran ist, daß besagte Postille das Organ der ›Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschisten‹ (VVN-BdA) ist, also eines Vereins, der seit Jahrzehnten vom Verfassungsschutz als »linksextrem beeinflusst« beobachtet wird und vor der Wende von der ›DDR‹ mitfinanziert wurde. Die hessische Sozialdemokratin rechtfertigt sich so: »Ich habe immer klare Kante gegen Rechtsextremismus und alle Feinde der offenen Gesellschaft gezeigt – und werde das auch weiterhin tun.« Der innenpolitische Sprecher der Unionsfraktion im Bundestag, Alexander Throm (CDU), resümierte: »Die Innenministerin verweigert bisher jede Erklärung und Abgrenzung zu einer Organisation, die als linksextremistisch beeinflusst

gilt. Das muß sie dann in der nächsten Sitzung des Innenausschusses nachholen.« (Quelle: *ARD*) Faeser begründete ihre Weigerung mit den Worten, man werde sich nicht äußern, eine Aussage könnte die Sicherheit Deutschlands gefährden! (Quelle: *bild.de*), und wies Vorwürfe zurück, sie sei auf dem linken Auge blind. Doch ihr Beitrag in einer linksextremen Zeitschrift dürfte kaum Konsequenzen haben, so die Ansicht von Dieter Stein, dem Chefredakteur von der *Jungen Freiheit*. Zu sehr sei der »Antifaschismus«-Begriff in der Gesellschaft verankert (*Junge Freiheit*, 11.2.22)

Kampf gegen Rechtsextremismus schon im Kindergarten

Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) hat sich dafür ausgesprochen, schon im Kindergarten über die Gefahren von Rechtsextremismus aufzuklären. »Wir müssen rechtsextreme Netzwerke zerschlagen.« Man müsse Kinder und Jugendliche so stark machen, daß sie für Ideologien der Ausgrenzung gar nicht erst anfällig würden. Dafür solle das geplante Demokratiefördergesetz »so schnell wie möglich« eine neue Grundlage schaffen. Am 12.12.21 hatte Faeser »getwittert«: »Die Gewaltbereitschaft nimmt zu. Viele #Querdenker werden radikaler. Bedrohungen und Einschüchterungen sind völlig inakzeptabel! Wir müssen die Anstrengungen für gesellschaftlichen Zusammenhalt verstärken und die Spaltungsversuche der antidemokratischen Kräfte überwinden.« Demokratieerziehung oder linke Propaganda? Wie die *Neue Osnabrücker Zeitung* kürzlich berichtete, nahmen vergangenes Jahr 7.700 Menschen an 91 rechtsextremen Demonstrationen teil. Im Vergleich zum Vorjahr hätten sich die Teilnehmerzahlen dem Innenministerium zufolge somit halbiert. 2019 seien es noch 347 Veranstaltungen mit 22.500 Besuchern gewesen. (Quelle: u.a. *jungefreiheit.de*, 21.2.22)

Sturm im Reinhardswald

Der Reinhardswald, der auch als »Schatzhaus der europäischen Wälder« oder »Grimms Märchenwald« bekannt ist, ist mit 20.000 Hektar Hessens größtes zusammenhängendes Waldgebiet. Mit seinem Artenreichtum bildet er das Herzstück des 445 Quadratkilometer großen gleichnamigen Naturparks. Nun soll er zum Wind-Industriegebiet werden, obwohl Windkraft im Wald in vielen anderen Bundesländern verboten ist.

Laut der Initiative »Rettet den Reinhardswald« soll die »Natur Aller der Profitgier Einzelner zum Opfer fallen«. Ausgewiesen sind insgesamt sieben sogenannte Vorrangflächen mit zusammen etwa 2000 Hektar (= 20 Millionen m²) für die Bebauung mit Windanlagen geworden. Anfang Februar genehmigte der Regierungspräsident von Kassel die ersten 18 Windkraft-Anlagen auf einem Höhenzug hinter der Sababurg. Die genehmigten Windräder dürfen eine Gesamthöhe von 241 Metern und Rotorblätter mit einem Durchmesser von 150 Metern haben. Um offenbar möglichst schnell Tatsachen zu schaffen, wurde gleich am Tag der Genehmigung mit den Fällarbeiten begonnen, obwohl die Genehmigung noch nicht rechtskräftig war! Eine eigentlich vorgesehene 14-tägige Frist für Einsprüche zu nutzen, wurde nicht eingehalten. Damit wird der massive Widerstand der betroffenen Bürger von der Landesregierung völlig ignoriert. Und das wäre nur der Anfang. Im tausendjährigen Reinhardswald stehen weitere drei Flächen zur Verfügung. Insgesamt könnten 50 oder gar mehr der gigantischen Windanlagen entstehen.

Besonders infam ist die Art, wie diese Zerstörung ökologisch gerechtfertigt wird. Nach Meinung der schwarzgrünen Landesregierung in Hessen sei dieses Projekt nötig für den – globalen – Klimaschutz. Umweltministerin Priska Hinz von den Grünen bezeichnete den Windpark gegenüber der *Bild-Zeitung* als alternativlos: »Die Windenergie leistet für die Energiewende und damit für den Erhalt der Natur einen entscheidenden Beitrag.«[sic!] Ohne diese konsequente und engagierte Klimapolitik werde »es bald gar keinen Wald mehr geben«. Das Vorgehen sei sowohl ökologisch als auch ökonomisch sinnvoll und verantwortungsbewußt. »Bereits früher war der Reinhardswald durch sein Brennholz ein wichtiger Energielieferant für die Menschen in der Umgebung. Dies kann er zukünftig wieder sein.« (<https://www.wp-reinhardswald.de>) Nennt man das »Nachhaltigkeit«?

Das Dornröschenschloß Sababurg im Naturpark Reinhardswald.



Bürger und Städte positionieren sich gegen Gendersprache

Im *Freien Forum* haben wir bereits mehrmals auf den ›Verein deutsche Sprache‹ (VdS) und sein Engagement für den Erhalt und die Förderung der deutschen Kultursprache hingewiesen. Nachfolgend seien drei Vorfälle im Zusammenhang mit Gendersprache kurz dargestellt.

Ein Student aus Wien wehrt sich gegen den Gender-Zwang an seiner Uni. Richtlinien und ein Leitfaden geben Genderregeln vor, obwohl diese nicht der amtlichen Rechtschreibung entsprechen – bei Nichtbeachtung droht Punktabzug. Diesen will der Student der Transkulturellen Kommunikation am Zentrum für Translationswissenschaft (ZTW) der Universität Wien nicht hinnehmen. »Es ist nicht Aufgabe der Universität, durch eine bestimmte Sprachgestaltung in Studienleistungen zu einer ›Veränderung der Welt‹ beizutragen, wie es in der Leitlinie formuliert ist«, sagt sein Anwalt, Dr. Gerald Ganzger. . . Woanders würde man sowas ›Erpressung‹ nennen, so Ganzger, »das eigenmächtige Diktat durch die Prüfer ist schlichtweg nicht akzeptabel.« (Quelle: *derstandard.de, vds-ev.de*)

Wie gendert Audi? ›Audianer‹ oder ›Audianer_innen‹? Diese Frage trägt ein Volkswagen-Mitarbeiter vor Gericht. Er möchte nicht, daß er in einigen gemeinsamen Gremien des Konzerns künftig mit geschlechtergerechter Sprache angesprochen werde. Audi hatte eine Richtlinie mit der neuen Vorgabe erlassen, um angeblich die geschlechtliche Vielfalt besser sichtbar zu machen. Der VW-Mitarbeiter fühlte sich diskriminiert und klagte dagegen. Mit Erfolg: Am 22.2.22 hat das Landgericht Ingolstadt die vom VdS unterstützte Klage gegen Audi zur Verhandlung vor einem *ordentlichen* Gericht zugelassen. Audi hatte beantragt, den Fall vor einem Arbeitsgericht klären zu lassen, da es ausschließlich arbeitsrechtliche Belange berührt sah. Dieser Argumentation ist das Landgericht nicht gefolgt. »Es ist beschämend, wie sehr ein angeblich moderner Weltkonzern auf Formalien rumreitet, anstatt zur Sache Stellung zu beziehen«, sagte der Kläger-Anwalt Benecken. (*Bild-Zeitung*)

Sternchen und Doppelpunkte verschwinden. Der Dichter Joachim Ringelnatz hätte beim Thema ›Gendern‹ vermutlich viel Freude gehabt, bietet es doch neben einer ernsthaften Diskussion auch allerlei Möglichkeiten zur humoresken Betrachtung. Seine Heimatstadt Wurzen (Sachsen) hat jetzt entschieden: Das Gendern wird wieder abgeschafft. Nach einigen politischen Ränkespielen wurde der Beschlußvortrag, künftig gemäß den Regeln des deutschen Rechtschreibrates zu folgen, angenommen. Damit verschwinden Sternchen, Doppelpunkte etc. aus der Verwaltungssprache. Kurz vorher hat auch schon Osnabrück in einer Mitteilung im Rat mitgeteilt, daß auf Gendersprache verzichtet wird: »Die gewünschte und von der Stadt in zahlreichen gesellschaftlichen Lebensbereichen auch geförderte Diversität darf nicht zu Abkopplungen führen. Ganz im Gegenteil muß die Stadt ein Interesse daran haben, daß die Vielfalt diverser Gruppen nicht zur Sprachlosigkeit zwischen diesen Gruppen führt.« Auch hier wird der Verweis auf den Rechtschreibrat geführt, der Satzzeichen zum Gendern nicht empfiehlt. (Quelle: *wurzener-land-nachrichten.de*)

Kurzmeldungen

Makabrer Geschichtsunterricht. Im Rahmen eines »Geschichte-Experiments« spielte in Washington, D.C., eine Schulangestellte mit Drittklässlern Holocaust. Sie sollten so tun, als müßten sie Massengräber schaufeln und ihre Mitschüler erschießen. Dabei sollte ein Junge jüdischen Glaubens Adolf Hitler darstellen und sogar dazu angehalten worden sein, dessen Selbstmord darzustellen, ganz nach dem historischen Vorbild! Immerhin wurde die »Regisseurin« dieses Rollenspiels entlassen. (Quelle: u.a. *Spiegel*, 21.2.22)

Ein weiteres Kapitel der Rassismus-Debatte. Einige Verkehrsbetriebe, etwa in Österreich und Deutschland, haben das Wort »Schwarzfahren« verboten. Viele Menschen würden es für rassistisch oder diskriminierend erachten. Statt dessen soll von »Fahren ohne gültigen Fahrschein« gesprochen werden. Etymologisch hat Schwarzfahren nichts mit der Farbe zu tun. Ursprünglich kommt es laut Sprachwissenschaftler Eric Fuß vom jiddischen Wort »shvarts« (Armut). Es soll jene beschreiben, die zu arm waren, um ein Ticket zu kaufen. Zudem wird mit »Schwarz« die Nacht assoziiert: Im Deckmantel der Nacht operierten Schmuggler mit schwarz gefärbtem Gesicht, um unerkant zu bleiben. (Quelle: »Initiative Schwarzer Menschen in Deutschland Bund«) Der Schriftsteller Harald Martenstein sieht eine wachsende Gefahr für die freie Rede aufziehen. Eine unduldsame Ideologie, die sich edel gebe und vorgeblich gegen Rassismus kämpfe, wolle Andersdenkende ausschalten. »Niemand ist mehr sicher.«

Claudia Roth will an das Kreuz. Auf dem Humboldt-Forum, ein Museum auf der Spreeinsel in der Mitte Berlins, leuchtet eine goldene Kuppel mit Kreuz und Inschrift. Das Gebäude wurde von 2012 bis 2020 an der Stelle des historischen Berliner Schlosses errichtet. Das ursprünglich nicht eingeplante und erst 2020 auf



die Kuppel montierte Kreuz-Symbol ist umstritten. Kritiker sehen darin eine Belastung für völker- und religionsübergreifende Themen wie etwa die Restitutionsdebatte um Objekte mit kolonialem Hintergrund. Die In-

Kuppel des Humboldt Forums mit Kreuz und Reichsapfel vor dem Berliner Fernsehturm.

schrift unter der Kuppel lautet vollständig: »Es ist kein ander Heil, es ist auch kein anderer Name den Menschen gegeben, denn der Name Jesu, zu Ehren des Vaters, daß im Namen Jesu sich beugen sollen aller derer Kniee, die im Himmel und auf Erden und unter der Erde sind.« Es handelt sich dabei um ein historisches Zitat, das König Friedrich Wilhelm IV. aus mehreren Bibelversen zusammensetzte. Nun kritisierte die amtierende Ministerin für Kultur und Medien, Claudia Roth, das Kreuz-Symbol wiederholt. Ihr sei »schleierhaft«, wie man so eine Kuppelinschrift »als Beleg der großen Weltoffenheit« machen könne. »Also, da will ich ran!« (Quelle: u.a. *jungfreiheit.de*, 7.2.22)

Özdemir steht zu Hanf. Man erinnere sich: 2015 hatte die Staatsanwaltschaft begonnen, gegen Özdemir zu ermitteln, nachdem dieser in einem Video auf seinem Balkon mit einer Hanfpflanze zu sehen war. Zudem hatte Özdemir auf einem Landesparteitag in Berlin statt Blumen eine Hanfpflanze entgegengenommen. Während der Ermittlungen wegen Verstoßes gegen das Betäubungsmittelgesetz war auch die Immunität des Bundestagsabgeordneten aufgehoben worden. Sie wurden eingestellt wegen »geringer Schuld«. In der Folge setzte sich Özdemir für die Legalisierung von Cannabis ein. Nun ist der damalige Grünen-Chef zum Landwirtschaftsminister geworden. »Es darf keine Ramschpreise für Lebensmittel mehr geben«, lautete eines seiner Hauptziele. Er wolle die Zahl der Nutztiere reduzieren. Dafür stellte er den ›Bäuerinnen‹ und ›Bauern‹ einen Hanf-Boom nach der Cannabis-Legalisierung in Aussicht. Der CDU-Abgeordnete Hans-Jürgen Thies kritisiert, »dass es sich bei den Versprechungen zum Hanfanbau eher um Räucherstäbchen handelt«. Es sei unseriös, wenn man den Landwirten in Deutschland mit dem Hanfanbau Hoffnungen mache. (Quelle: *Merkur*, 17.2.22)



Özdemir »Deutsche Drogenpolitik widersinnig«

Was ist ökologischer Irrsinn? Im französischen Lyon sollten die EU-Außen- und Gesundheitsminister mit rund 50 Elektroautos zum Flughafen gefahren werden. Damit sollte ein Zeichen in Sachen Klimapolitik zur Begrenzung von schädlichen Emissionen gesetzt werden. Also die Politiker als Vorbild, als Pioniere der alternativen Mobilität. Am Tagungsort hingen die E-Autos an riesigen Dieselgeneratoren, um die Akkus aufzufüllen. Diese wurden extra gemietet und neben dem Gebäude aufgestellt! Ein Beispiel für gelungene Nachhaltigkeit. (Quelle: *Bild.de*, 22.2.22)

Angeblich wegen Corona: ARD und ZDF brauchen 600 Mio. Euro mehr. Die Corona-Pandemie hat den Finanzbedarf der öffentlich-rechtlichen Sender weiter erhöht! Aus dem neuen Bericht der Kontrollkommission zur Ermittlung des Finanzbedarfs (KEF) geht hervor: ARD, ZDF und Deutschlandradio benötigen wegen »Hygienekosten« und weiterer Zusatz-Ausgaben rund 600 Millionen Euro zusätzlich. (Quelle: *bild.de*) Dahinter steckt wohl bereits der Kampf um die nächste Gebührenerhöhung.

PNOS löst sich auf. Die patriotische Schweizer Kleinstpartei PNOS (Partei National Orientierter Schweizer) gab bekannt, sich aufzulösen. Sie habe als »erste rechts-extreme Partei nach 1945« viele Jahre lang in der Eidgenossenschaft Flagge gezeigt und einige wenige Wahlerfolge erreicht, ist zu lesen. So saß ein PNOS-Vertreter mehrere Jahre im Gemeinderat von Günsberg (Kanton Solothurn) sowie sogar zwei Wahlperioden im Gemeindeparlament der Kleinstadt Langenthal (Kanton Bern). Derzeit gibt es in der Berner Gemeinde Inkwil einen Parteiloosen, der dort für die PNOS im Gemeinderat ist. Vor der PNOS, die 2000 gegründet wurde, war die Nationale Aktion (NA) des James Schwarzenbach erfolgreich. Dieser schaffte es sogar, von 1967 bis 1979 für den Kanton Zürich im Berner Nationalrat zu sitzen. Als sein politischer Erbe sieht sich Etabliertenschreck Eric Weber, der mit seiner Partei ›Volks-Aktion gegen zuviele Ausländer und Asylanten in unserer Heimat‹ (VA) als einziger stramm rechter Großrat im Kantonsparlament von Basel-Stadt sitzt. Er wurde jüngst wegen rassistischer Aktionen zu einer Geldstrafe verurteilt. (Quelle: *tachles*)

Erfolg für Spaniens VOX. Die spanische Rechtspartei VOX ging neben dem Wahlsieger Partido Popular (PP), der konservativen Volkspartei, als klarer Gewinner aus dem Urnengang in der Region Kastilien und León im Nordwesten des Landes hervor. Während die PP mit 31,4 % und einem Plus von zwei Sitzen (insgesamt nun 31) Platz 1 errang, schob sich VOX mit 17,6 % (plus 12 %) und 13 (statt bislang einem Sitz) Sitzen hinten dem Wahlverlierer PSOE, den Sozialisten, die auf 30 % absackten (minus 7 Sitze), auf Rang 3 vor. PP und VOX verfügen damit über 44 der 81 Sitze und haben nun eine Regierungsmehrheit. (Quelle: *ORF*)

Antikörpernachweis genügt. Ein möglicherweise wegweisendes Urteil fällt das Landesverwaltungsgericht Wien zur Causa »Genesenennachweis«. Nachdem nämlich ein Österreicher auf einer Demonstration in Wien am 31. Januar 2021 wegen Nichttragens einer Maske angezeigt worden war, rechtfertigte der Betroffene in der Begründung seines Rechtsmittels sein Verhalten damit, daß er unzulässigerweise Adressat der polizeilichen Maßnahme gewesen sei. Schließlich sei er genesen, auch wenn er über kein amtliches Dokument darüber verfüge, wie das der Gesetzgeber mittlerweile verlange. Denn er habe nachweislich Antikörper gebildet, so daß die »gesundheitspolizeiliche Maßnahme zur Verhinderung der Verbreitung von Covid-19« (§1 Abs. 1 COVID-19-Maßnahmegesetz) nicht hätte erlassen werden dürfen. In der bis Herbst 2021 geltenden Covid-Verordnung galten Personen noch als genesen, wenn sie Antikörper gegen Corona nachweisen konnten. Das Verfahren war daraufhin eingestellt worden. In der nächsthöheren Instanz schmetterte das Landesverwaltungsgericht Wien das staatliche Begehren ab, dem Betroffenen den 2G-Status zu verwehren, weil er nur über einen Antikörpernachweis, nicht aber über ein staatliches Dokument darüber verfüge. (Quelle: *unzensuriert*)

Whoopi Goldberg suspendiert. Die schwarze Schauspielerin Whoopi Goldberg wurde als Moderatorin von ihrem US-Sender ABC für die Dauer von zwei Wo-

chen suspendiert, nachdem sie sich in der Unterhaltungssendung »The View« unbotmäßig zum Holocaust geäußert hatte. Sie meinte nämlich, der Holocaust habe nichts mit der Rasse zu tun. Schließlich seien Deutsche und Juden gleichermaßen Weiße. Demnach solle man doch lieber von »Unmenschlichkeiten des Menschen gegenüber dem Menschen« sprechen. Für Kim Godwin, die Präsidentin von *ABC News*, war dies trotz sofortiger Entschuldigung seitens Whoopi Goldbergs Grund genug, dieser Zeit zu geben, »um nachzudenken und mehr über die Auswirkungen ihrer Kommentare zu lernen«. Schließlich stünden beim Sender alle »in Solidarität mit unseren jüdischen Kollegen, Freunden, Familien und Gemeinden«. Auf Twitter folgte dann nach stalinistischem Vorbild eine schuld eingestehende Selbstbezeichnung als Unterwerfungsakt: »Wie Jonathan Greenblatt von der Anti-Defamation League mitteilte, ging es beim Holocaust um die systematische Vernichtung des jüdischen Volkes durch die Nazis, die sie für eine minderwertige Rasse hielten. Ich korrigiere mich. (...) Das jüdische Volk auf der ganzen Welt hat immer meine Unterstützung gehabt, und das wird sich auch nie ändern. Ich entschuldige mich für den Schmerz, den ich verursacht habe. Mit meiner aufrichtigen Entschuldigung geschrieben.« (Quelle: ORF)

Schießbefehl möglich. Als erste deutsche Stadt erlaubt Ostfildern (Baden-Württemberg) den Gebrauch der Schußwaffe als »mildestes Mittel zur Erreichung des Verbotes« von politisch motivierten »Spaziergängen« mittels Allgemeinverfügung. Laut Stadtverwaltung reagierte man damit nicht nur auf die Nichtbeachtung von »Corona-Auflagen« und Versammlungsverboten, sondern auch auf das Ignorieren von polizeilichen Durchsagen. Daher seien »öffentliche Sicherheit und Ordnung« gefährdet. Verantwortlich für den Schießbefehl ist Oberbürgermeister Christof Bolay (SPD). Dieser lädt Kritiker zu Diskussionen ein über: oberbuergemeister@ostfildern.de (Quelle: *Mitteleuropa*)

Gewaltaffine Grüne. Nicht nur die Nähe der Grünen zur Antifa und anderen »zivilgesellschaftlichen Protestgruppen« zeigt, daß die Melonenpartei (außen grün, innen rot) Gewalt gegen Andersdenkende nur dann vorbehaltlos verurteilt, wenn sie selbst Adressat solcher Aktionen ist. Jüngstes Beispiel dafür ist die Weigerung der Grünen in Wiener Gemeinderat, einen Brandanschlag auf ein Studentenheim, in dem auch die Wiener akademische Burschenschaft Olympia residiert, zu verurteilen. Das ging selbst den Genossen von der SPÖ zu weit, so daß deren Fraktionschef im Wiener Rathaus, Josef Taucher, an die Adresse der Grünen folgende Worte richtete: »Gewalt in jeglicher Form ist immer Unrecht. Um so verstörender ist es, daß die Grünen sich entschlossen haben, nicht mit unserem Antrag mitzugehen. Hier zeigt sich die Doppelmoral der Grünen.« Die Replik des Wiener Grünen David Ellensohn, der sich vor knapp zwei Jahrzehnten erfolgreich für die Aberkennung des Ehrengrabs an den Fliegerhelden Walter Nowotny starkgemacht hatte, lautete so: »Weil Grüne gegen Donaustadtautobahnen sind, werfen sich Rathaus-Rote am International Holocaust Remembrance Day für die laut DÖW rechtsextreme Burschenschaft Olympia auf die Schienen.« Die Antifa rechtfertig-



Von oben: Josef Taucher, SPD-Fraktionschef im Wiener Rathaus; Dominic Fritz, Bürgermeister von Temeschburg.



te die Gewalt: »Was ist das bitte für eine unwürdige Aktion der SPÖ, mit der FPÖ gemeinsam eine antifaschistische Aktion gegen die Burschenschaft Olympia zu verurteilen.« (Quelle: *unzensuriert*)

Antideutsche Krawalle. Mitte Januar stürmten großrumänische Nationalisten der Parteien AUR und ND das Rathaus der Hauptstadt des Banats, Temeschburg bzw. Temeswar, weil dieses von einem bundesdeutschen Bürgermeister regiert wird. Etwa 50 Randalierer hatten sich vor dem Behördensitz versammelt, um Rathauschef Dominic Fritz (früher bei den Grünen) zu vertreiben. Da der Haupteingang versperrt war, drangen die Täter durch den Hintereingang in das Gebäude ein. Laut Deutscher Welle skandierten sie Parolen wie »Komm raus, Du Drecksköter« und »Das Land braucht solche dahergelaufenen Ausländer nicht«. Fritz gehört nicht der autochthonen deutschen Volksgruppe an, die noch 1920 mit gut 33.000 Bürgern 32 % der Bewohner Temeschburgs stellte und damit die stärkste Volksgruppe war. In der EU dürfen EU-Ausländer auch Bürgermeister werden. (Quelle: *unzensuriert*)

Mehr Deutsche in der Slowakei. Nachdem sich bei der vorletzten Volkszählung in der Slowakei im Jahre 2011 nur 5.000 Bürger als Angehörige der deutschen Nation bezeichnet hatten, gaben nun 9.000 slowakische Staatsbürger an, sich der Nation Schillers und Goethes zugehörig zu fühlen. Die Steigerung um fast die Hälfte binnen eines Jahrzehnts erklärt sich so, daß erstmals eine zweite ethnische Zugehörigkeit angegeben werden konnte, so daß es vor allem jungen slowakischen Staatsbürgern leichter fiel, ihre (rein oder auch) deutsche Abstammung anzugeben. Das Gros dieser Volksdeutschen gehört zur Gruppe der Karpatendeutschen, die ab dem 13. Jahrhundert ins Land kamen und sich im Osten des Landes ansiedelten. Deutsche ließen sich aber auch im Hauerland (Zentralslowakei) und in der (jetzigen) Hauptstadt Preßburg (Bratislava) nieder. 1910 lebten noch 200.000 Deutsche auf dem Gebiet der heutigen Slowakei. Durch die Benesch-Dekrete wurde die Masse dieser Bewohner ab 1945 vertrieben. (Quelle: *Karpatenblatt*)

Mehr Deutsche in der Tschechei. Laut der Volkszählung vom Frühjahr 2021 in der Tschechei bekannten sich dort 24.190 Personen (2011: 18.658) zur deutschen Volks- und Kulturgemeinschaft, wobei sich 9.128 nur zur deutschen Nationalität bekannten, woraus zu schließen ist, daß es sich hierbei um im Lande arbeitende bundesdeutsche und österreichische Staatsangehörige handeln dürfte. 15.062 hingegen gaben zwei Nationalitäten an, worunter 14.000 waren, die die tschechische Nationalität zur zweiten Volkszugehörigkeit erklärten. Immerhin machten 31,6 Prozent der Bevölkerung keine Angaben zur Nationalität, teilweise wohl aus Angst vor Diskriminierung. Nach Kriegsende waren die meisten Sudetendeutschen, etwa 3,3 Mio. auf Grund der Benesch-Dekrete vertrieben worden. (Quelle: *unzensuriert*)

Drei U-Boote für Israel. Zu Beginn des Jahres unterzeichneten im Auftrag von Israels Verteidigungsminister Benny Gantz und des deutschen Konzerns Thyssenkrupp Marine Systems Vertreter beider Seiten einen Vertrag über die Lieferung von drei U-Booten für die israelische Marine. Gantz lobte den Deal so: »Die drei fortgeschrittenen, operationellen U-Boote, gesellen sich zu einer Serie von Maßnahmen hinzu, die wir im letzten Jahr unternommen haben im Prozeß, die IDF auszurüsten und zu stärken. Ich möchte der deutschen Regierung danken für ihre Unterstützung bei der Verwirklichung des Abkommens und für ihren Einsatz zu Gunsten der Sicherheit Israels. Ich bin zuversichtlich, daß die neuen U-Boote die Fähigkeiten der israelischen Marine ausweiten und zum Vorrang der israelischen Sicherheit in der Region beitragen werden.« Der Wert der U-Boote beträgt etwa drei Milliarden Euro. Das erste Schiff soll in neun Jahren geliefert werden. Das Abkommen umfaßt auch die Errichtung eines Übungssimulators in Israel und die Lieferung von Ersatzteilen. Typisch bei diesem ›Deal‹ ist, daß der deutsche Verkäufer Teile des Abkommens finanziert. Dabei bezieht man sich auf eine Vereinbarung aus dem Jahre 2017. Es handelt sich also um ein Wiedergutmachungsgeschäft. (Quelle: *tachles*)

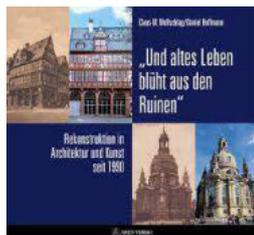
Ausbürgerung mißlungen. Behördliches Versagen sorgte dafür, daß der 2014 eingebürgerte Moslem Ahmed R., der 2021 wegen Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung, Terrorismusfinanzierung und Beihilfe zur Vorbereitung einer staatsgefährdenden Gewalttat zu zehneinhalb Jahren Gefängnis verurteilt worden war, nicht ausgebürgert werden konnte. Denn die Behörde hatte es verabsäumt, ihm vor der Entscheidung über die Aberkennung der deutschen Staatsangehörigkeit rechtliches Gehör zu gewähren. Das Verwaltungsgericht Hannover kassierte daher den behördlichen Bescheid Anfang des Jahres 2022. (Quelle: *taz*)

»**Die ersten Afrikaner aus der Ukraine sind schon da**«. Mit Bezug auf die linksläufigen *Zeit* (*zeit.de*, 1.3.22) erwähnt die Plattform *politikversagen.net* in ihrer systemkritischen Presseschau den 31-jährigen Ngami aus Kamerun mit ukrainischer Staatsbürgerschaft. Er gehöre zu den ersten 650 Geflüchteten, die sich in Berlin im Ankunftszentrum gemeldet haben. Er möge Deutschland, die Sprache, die Kultur, weshalb er auch durch Polen hindurch bis nach Berlin gefahren sei. »Seine ukrainische Frau und ihr gemeinsames Kind hat er dort zurückgelassen.« Unfaßbar. (Quelle: *politikversagen.net*, 2.3.22). Die städtischen Behörden hätten erst zwei Stunden vor Ankunft des Zuges erfahren, daß Flüchtlinge aus der Ukraine zu erwarten seien. Bei dem größeren Teil der Ankömmlinge handelte es sich um junge Männer aus Drittstaaten, die nach eigenen Angaben in Kiew studiert hätten. (Quelle: *Tag24.de*)

Udo Walendy 95. 1965 gründete der diplomierte Politologe den Verlag für Volkstum und Zeitgeschichtsforschung in Vlotho, in dem er von 1974 bis 2012 insgesamt 122 Ausgaben der wissenschaftlichen Schriftenreihe *Historische Tatsachen* und vor allem sein Buch *Wahrheit für Deutschland* erschienen. Im Jahre 2001 erhielt er die Hutten-Medaille der Gesellschaft für freie Publistik. Am 27. Januar 2022 wurde er 95 Jahre alt. Die GfP und die Redaktion des *Freien Forums* gratulieren nachträglich.

Buchbesprechungen

Rekonstruierte Bauwerke



Vor mehreren Monaten erschien im ARES Verlag das vierte Buch binnen zwölf Jahren im selben fast quadratischen Format, das sich mit Architektur in deutschen Landen beschäftigt. Damit sind nun sämtliche Stile und Bauwerke von 1800 bis in die Gegenwart abgehandelt. Das neueste Werk befaßt sich mit der Rekonstruktion in Architektur und Kunst seit 1990. Es zeigt die »Wiederkehr des Schönen« (Eichler) in der deutschen Baukunst, die Wiederherstellung von Gebäuden, die entweder im Krieg zerstört oder erst nach 1945 abgerissen wurden. Die prominentesten und wohl gelungensten Bauwerke sind die Dresdner Frauenkirche und das Berliner Stadtschloß, dessen Wiederaufbau 2021 abgeschlossen werden konnte. Seit der Wiedervereinigung sind zahlreiche Gebäude »auferstanden aus Ruinen« bzw. nach Abriß häßlicher Nachkriegsbauten wieder in altem Glanz erstanden. Die Autoren Claus Wolfschlag und Daniel Hoffmann zeigen, welche Bauten (Häuser, Kirchen, Türme, Mühlen, Denkmäler, Brunnen, Figuren) in den letzten drei Jahrzehnten nach alten Plänen neu, schön und oft imposant erschaffen wurden. ■

Wolfschlag/Hoffmann: »**Und altes Leben blüht aus den Ruinen**« – Rekonstruktion in Architektur und Kunst seit 1990. 224 S., € 29,90. ARES Verlag, Graz 2021

Was ist deutsch?



In diesem Sammelband hat Wolfgang Dvorak-Stocker zahlreiche Artikel unterschiedlicher Autoren zusammengestellt, die in den ersten 20 Jahren dieses Jahrhunderts zum Thema Deutschsein und Identität erschienen sind. Denn die Beschäftigung mit den verschiedenen Aspekten der ethnischen Identität bleibt für den Selbstfindungsprozeß des einzelnen unverzichtbar, auch wenn sich Identität aus verschiedenen Quellen speist und Nation, Staat, Religion und Heimat lediglich einige von ihnen darstellen. Einer der Artikelverfasser ist Andreas Vonderach, der die anthropologische und genetische Stellung des deutschen Sprachgebietes in Europa beleuchtet. Björn Clemens thematisiert seinerseits die Liebe zu Volk und Heimat als unverzichtbare Stufe der Menschheitsentwicklung. Manfred Müller analysiert die christsoziale Idee der Volksgemeinschaft und genauso wie Friedrich Romig den Zusammenhang zwischen Christentum und deutscher Identität. Zu den Begriffen Ritterlichkeit und Gründlichkeit sowie den unterschiedlichen Konzepten von Freiheit, Volk, Nation und Staat in Frankreich und Deutschland nehmen General Franz Uhle-Wettler (†) und Eduard Huber Stellung. Die verschiedene Deutung der Begriffe, die mit deutscher Nation und Identität zusammenhängen, zeigt, wie komplex dieses Thema ist. ■

Wolfgang Dvorak-Stocker (Hg.): **Das ist deutsch?** – Elemente unserer Identität. 288 S., • 24,90. ARES Verlag, Graz 2021

Haß auf Herbert Kickl

Kein anderer Politiker in Österreich wird so gehaßt, gefürchtet und bekämpft wie Herbert Kickl. Er gilt als das Mastermind hinter den Erfolgen der FPÖ. Als Innenminister wurde er mit seiner Einwanderungs- und Sicherheitspolitik zur Projektionsfigur und zum Feindbild der Linken. Er stand und steht unter medialem Dauerbeschuß. Nach dem Ende der türkis-blauen Koalition sind sich Bundespräsident, Sebastian Kurz, die anderen Parteien und die meisten Medien einig: Kickl darf nie wieder Innenminister werden – unabhängig davon, wie die Nationalratswahl ausgeht und was die Bürger wollen. Werner Reichel Er zeigt auf, mit welchen Methoden die Netzwerke der Macht arbeiten. Nun als FPÖ-Chef erneut ins Fadenkreuz der Mächtigen geraten, steht Kickl weiterhin unter Dauerfeuer. Jüngstes Beispiel ist die Äußerung des fast 90jährigen Politclowns, Opernballdauergasts und Baulöwen Richard Lugner, der Kickl in die Ukraine schicken lassen will, »damit sie ihn dort erschießen«. Ein Sachbuch, spannend wie ein Krimi! ■



Werner Reichel: **Kickl muss weg** – Der schmutzige Kampf um die Macht. 250 S., € 17,90. Verlag Frank&Frei, Wien 2021

Landsknechte und Söldnerführer

Das in sechs Kapitel gegliederte Buch behandelt in den ersten fünf Abschnitten die Biographien und Schlachten der berühmten Heerführer Georg von Frundsberg, Christian von Halberstadt, Ernst von Mansfeld, Albrecht von Wallenstein und Bernhard von Sachsen-Weimar. Es war übrigens das Verdienst Georg von Frundsbergs, erkannt zu haben, daß nicht ungelenkige gepanzerte Reiter in der Schlacht kriegsentscheidend sind, sondern leicht bewegliche Fußtruppen. Daher schuf er eine schlagkräftige Infanterie aus Pikenieren. Eine weitere schillernde Figur unter den Söldnerführern war Christian von Halberstadt. Bereits mit 17 Jahren begann seine Karriere. Der verwegene Draufgänger spielte im Dreißigjährigen Krieg eine bedeutende Rolle. Am bekanntesten von den fünf genannten Namen dürfte Wallenstein sein. Sehr aufschlußreich sind auch die »Studien zum Heerwesen« im 17. Jahrhundert im letzten Kapitel. Angesichts des gegenwärtigen Konflikts in der Ukraine zeigt sich, daß die Zeit von Söldnerführern nicht einmal in Europa vorbei zu sein scheint (siehe ukrainisches Asow-Freiwilligenregiment bzw. russisches Bataillon Donbas). Eine erhellende Lektüre nicht nur für kriegerische Zeiten! ■



Mario Kandil: **Landsknechte und Söldnerführer** – Aus einer noch vorwiegend kriegerisch geprägten Zeit. 116 S., • 19,90 bzw. Tb. • 12,90. Meinovia Verlag, Klagenfurt 2022



Abschied von Harald Neubauer

Am 7. Januar fand bei Schneetreiben auf dem Coburger Friedhof im ganz kleinen Kreis die Trauerfeier für das am 29. Dezember 2021 verstorbene langjährige GfP-Vorstandsmitglied Harald Neubauer statt. Er war 45 Jahre journalistisch und publizistisch tätig, verfaßte dabei circa 7.000 größere Artikel und absolvierte etwa 1.000 Einsätze als Redner. Die Tatsache, daß nun andere das ernten, was Patrioten seines Schlages Jahrzehnte vorher nur unter großen Anstrengungen gesät haben, erfüllte ihn nicht mit Groll, ganz im Gegenteil! So lautete sein Fazit als parteiloser Nationaler auch ganz ohne Bitterkeit:

»In schweren Jahrzehnten für die politische Rechte durfte ich meinen Teil dazu beitragen, daß patriotisches Gedankengut erhalten blieb und daß sich die Voraussetzungen für einen politischen Wandel stetig verbesserten. Wir haben mit unserer Arbeit Hoffnung gestiftet, geistigen Nachwuchs rekrutiert und sind linker Herrschaftsdominanz auch dann entgegengetreten, wenn dies mit Willkür und blanker Gewalt verhindert werden sollte. Nicht wenige derer, die heute im Bundestag und in den Landtagen patriotische Positionen beherzt vertreten, sind aus unseren Leser- und Zuhörerkreisen hervorgegangen. Unsere Arbeit war also nicht umsonst, sie hat Früchte getragen. Und wird es weiterhin tun. Davon bin ich überzeugt.«

Die GfP ist stolz, solch einen untadeligen und ehrenwerten Kämpfer für die deutsche Sache nicht nur in ihren Reihen, sondern auch an vorderster Front gehabt zu haben!

Hinweise und Mitteilungen

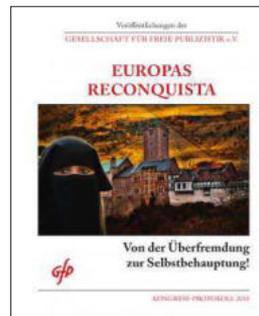
Sekretariat der Gesellschaft für freie Publizistik:

Klosterhof 4 / D-34399 Wesertal · Tel.: 05572-7310
e-mail: gesellschaft-fuer-freie-publizistik@gmx.de
www.gfp-netz.de/ www.facebook.com/www.gfp-blog.de/

Harald Neubauers letzte öffentliche Rede

2018 erhielt Harald Neubauer auf dem GfP-Kongreß die Ulrich-von-Hutten-Medaille. Seinen Verzicht auf eine weitere Mitarbeit im GfP-Vorstand begründete der damals 66jährige mit gesundheitlichen Gründen sowie Amtsmüdigkeit. Er wolle sich jetzt einfach ins Privatleben zurückziehen, insbesondere ungestört seiner Liebe zur Musik (Besuch von Opern) nachgehen können, und keinerlei Verpflichtungen mehr haben. Wie stets spießte der Ex-Politiker in seinem letzten öffentlichen Vortrag mit besonderer Verve den Zeitgeist und die Berufspolitik auf und begeisterte sein Publikum. Zuvor hatte Peter Dehoust, der uns Anfang Oktober 2020 verlassen hat, eine ergreifende Laudatio gehalten.

Nutzen Sie dieses einmalige Angebot!



KONGRESS-REPORT 2018
Europas Reconquista –
Von der Überfremdung
zur Selbstbehauptung

192 S., zahlr. Abb. statt 12.80
nur € 5.-

»Da die Ukraine keine Chance hat, diesen Krieg militärisch für sich zu entscheiden, verlängern die Waffenlieferungen nur das Sterben. Auch die massive Aufrüstung Deutschlands mit einem 100-Mrd.-Euro-Etat löst kein Problem. Es wäre Wahnsinn zu glauben, man könne einen Krieg mit der Atommacht Rußland führen.« Sahra Wagenknecht, Video YouTube 28.2.22

Wir brauchen neue Leser und Mitglieder! Zu diesem Zweck kann jeder Leser zusätzliche Exemplare des *Freien Forums* kostenlos beim Sekretariat anfordern und sie in »gute Hände« geben.

**Konto für Beiträge
und Spenden:**

GESELLSCHAFT FÜR FREIE PUBLIZISTIK
IBAN: DE 08 6129 0120 0393 6120 07

Beilagenhinweis:

Prospekt der Klosterhaus-Versandbuchhandlung

**DAS
FREIE
FORUM**

Herausgegeben von der Gesellschaft für freie Publizistik e. V., München. Verantwortlich für den Inhalt: Dr. Martin Pfeiffer. Erscheint vierteljährlich. Nichtmitglieder erhalten das Heft für 4 Euro Spende. Mitglieder erhalten es automatisch. Abdruck mit Quellenangabe frei.

Versand: Klosterhaus-Verlag, 34399 Wesertal